



DIGITALE BDV

VIRTUELL VERBUNDEN

Im vergangenen Herbst kamen wie jedes Jahr die Bundesdelegierten des BUND zusammen – doch diesmal ganz anders als sonst.

Dass sich die Bundesdelegierten am 13. und 14. November nur digital versammeln konnten, war aufgrund der Corona-Pandemie unvermeidlich. Zum Glück hatte der Vorstand das frühzeitig entschieden. So war genügend Zeit, das Treffen gut zu planen. Das übliche Programm einfach ins Virtuelle zu übertragen, war nicht möglich; die BDV musste neu gedacht werden. Und dabei zeigte sich: Auch wenn direkte Begegnungen ausfallen, ist es möglich zusammenzurücken, trotz räumlicher Distanz. Diese BDV kann ein Meilenstein sein für die zukünftige Verbandsarbeit.

GEFORDERT

An die 200 Menschen treffen sich jedes Jahr zur BDV: neben Delegierten und Vorstand auch externe Gäste, dazu Tagungs-

präsidium und Organisationsteam. Mit dieser Gemeinschaft in einen virtuellen Raum umzuziehen, war keine geringe Herausforderung. Denn als wichtigstes Entscheidungsgremium des BUND wollte und musste die BDV auch diesmal ihre Aufgabe erfüllen: die Kontrolle des Verbands durch die Delegierten gewährleisten und Austausch und Diskussion ermöglichen. Dazu das passende Konferenzsystem zu finden, war das eine. Blieb die bange Frage: Würden alle damit zurechtkommen?

GUT VORBEREITET

Übung macht den Meister. Für einen reibungslosen Ablauf und eine stressfreie Beteiligung konnten sich die Delegierten vorab schulen lassen. Und sie gewannen dabei nicht nur technische Sicherheit. Auch inhaltlich konnten sie sich dank der

Gemeinschaft in Corona-Zeiten.

digitalen Plattform bestens vorbereiten: Berichte wurden als Video vorab bereitgestellt, die Anträge samt aller Änderungsvorschläge veröffentlicht – ein Plus an »Nutzerfreundlichkeit«.

Das Programm der BDV wurde dadurch gestrafft, und es blieb mehr Zeit für Aussprachen. Was ambitioniert erschien, gelang: Auch dank der großen Disziplin der Beteiligten behandelten die Delegierten alle eingereichten Anträge. Fast einhellig verabschiedeten sie den Leitantrag »Gesellschaftlicher Aufbruch 2021 – Den ökologischen Umbau gerecht gestalten«. Ferner sprachen sie sich unter anderem dagegen aus, Verkehrsprojekte auf Kosten der Umwelt beschleunigt zu planen; und dafür, den Bedarfsplan für neue Fernstraßen grundlegend anders auszurichten.

Da die Versammlung gestreamt wurde, konnten ihr mehr Interessierte folgen als bisher. Dies ließ den BUND bei aller räumlichen Trennung näher zusammenrücken.

BEWÄHRT

Natürlich war jede*r Einzelne besonders gefordert: Wer sprach, hatte kein direktes Gegenüber, saß daheim zwischen Küche, Wohn- und Kinderzimmer. Doch trotz ungewohntem Gelände und aller Hürden: Die Delegierten blieben über die gesamte Dauer beeindruckend engagiert und tauschten sich über die Redeliste und den Chat lebendig aus.

In den gut besuchten Workshops am Abend gab es angeregte Diskussionen, wo viele zu Wort kamen. Zeit und Energie reichten aus, um mit breiter Beteiligung über Fachfragen zu diskutieren. Entsprechend fielen später die Rückmeldungen aus: Die meisten Delegierten waren mit dem ungewohnten Format sehr zufrieden – und von der Organisation begeistert.

Klar, dass der BUND einen Teil der neuen digitalen Möglichkeiten auch in Zukunft nutzen will. Die nächste BDV, geplant im November in Dresden, darf dennoch gern wieder ein reales Treffen sein – mit vielen schönen Gesprächen in der Kaffeepause oder in den abendlichen Runden.

DIGITALISIERUNG

HOMEOFFICE UND KLIMASCHUTZ



RONJA ENDRES

und ...

THORSTEN
KELLERMANNsind aktiv in der BUND-
Arbeitsgruppe Digitalisierung.

Mit einer Serie im BUNDmagazin wollen wir dieses Jahr verschiedene Aspekte der Digitalisierung beleuchten. Zum Auftakt: Homeoffice kann den Ausstoß von Treibhausgasen senken.

Die Covid-19-Pandemie brach im vergangenen Jahr unweigerlich alte Strukturen und Muster auf. Sowohl das Freizeitverhalten als auch die Arbeitswelt haben sich massiv verändert. Die Digitalisierung mit ihren Möglichkeiten, über Distanzen zu kommunizieren, spielt dabei eine große Rolle.

Unterschiedliche Erhebungen kommen zu dem Ergebnis, dass im Frühjahr 2020 zwischen 25 und 37 Prozent der deutschen Arbeitnehmer*innen ihre Arbeit online von zu Hause erledigten. Dadurch fielen schon im März und April 43 Prozent weniger Arbeitsstrecken an als im Vorjahr. Mit Folgen für Umwelt und Klima.

GUT FÜRS KLIMA?

Laut einer Studie von Greenpeace spart, wer ein Viertel seiner Zeit im Homeoffice

arbeitet, 1,6 bis 3,2 Tonnen CO₂ pro Jahr. Das Institut für Arbeitswissenschaft kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. So nutzen fast 68 Prozent der deutschen Pendler und Pendlerinnen das Auto. Je häufiger diese Fahrten entfallen, desto weniger Treibhausgase werden frei. Auf diese Weise könnte Deutschlands Klimabilanz um Millionen Tonnen CO₂ entlastet werden. Rettet Homeoffice also das Klima?

Jein. Denn wer daheim arbeitet, verbraucht zum Beispiel mehr Strom und Wärme. Gleichzeitig stieg seit Ausbruch der Pandemie der Energiebedarf des Internets. So wuchs bereits im April 2020 der Datenverkehr um ein Zehntel, die Zahl der Videokonferenzen gar um mehr als das Doppelte. Datenverkehr benötigt Strom für den Betrieb der Rechenzentren. Auch deshalb ist es überfällig, unseren Bedarf an Strom und Wärme gänzlich aus erneuerbaren Energien zu decken.

WAS BRINGT DIE ZUKUNFT?

Prognosen gehen davon aus, dass auch nach dem Ende der Pandemie ungefähr jede*r Dritte den Arbeitsort flexibel wählen können. Neben jenen, die einen festen Arbeitsplatz zu Hause einrichten, sind manche auch von überall aus arbeitsfähig. Inwiefern dieses mobile Arbeiten ebenfalls Verkehr einspart, lässt sich noch nicht voraussagen.

Wie aber wirken sich Homeoffice und mobiles Arbeiten auf die Gesundheit aus?



Das muss erforscht und zum Schutz der Arbeitnehmer*innen verwendet werden. In einer Befragung der AOK sagten fast drei Viertel derer, die häufig daheim arbeiten, sie hätten sich 2020 oft erschöpft gefühlt. Besonders die vielen Videokonferenzen sorgen für ordentlich Stress. Zusätzlich verschwimmt zu Hause die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit, was ebenfalls belasten kann.

Arbeiten zu Hause kann dem Schutz des Klimas dienen, indem es das Pendeln reduziert. Doch dafür muss es attraktiv und gesundheitsförderlich gestaltet werden. Damit der Trend zum Homeoffice langfristig das Klima entlastet, müssen Strom und Wärme schnellstmöglich ganz aus erneuerbarer Energie stammen. Ansonsten zehrt der erhöhte Energiebedarf für das Homeoffice und für die digitale Kommunikation das eingesparte CO₂ wieder auf.

ÜBERZEUGUNGSTÄTER*INNEN GESUCHT!

Zur Unterstützung der verbandseigenen
Mitgliedergewinnung des BUND
suchen wir Verstärkung!

Aktiv für den Umwelt- und Naturschutz

- Selbstständig mit fairer Vergütung
- Mittel- und langfristige Perspektive
- Flexible Einsatzorte und -zeiten
- Wocheneinsätze an Stand und Haustür
- Im Team mit Gleichgesinnten für die gute Sache werben

Werde Teil unseres Teams

› **JETZT BEWERBEN!**

AUS DEM VERBAND – FÜR DEN VERBAND!

Mehr Infos unter
www.bundconnect.de/jobs

INTERVIEW

WIE WOLLEN WIR LEBEN?



**OLAF
ZIMMERMANN**

ist Geschäftsführer des
Deutschen Kulturrates.

Zwei Jahre arbeitete der Deutsche Kulturrat im Projekt »Heimat – was ist das?« eng mit dem BUND zusammen. Mit seinem Geschäftsführer Olaf Zimmermann sprach die Projektkoordinatorin Birgit Eschenlohr.

Was war für Sie der Kern unserer Kooperation, Herr Zimmermann?

Das Wichtigste für uns im Kulturbereich ist es, über den Tellerrand hinauszuschauen und nicht dauerhaft im eigenen Saft zu schmoren. An der Gründung vieler Umweltverbände waren Künstlerinnen und Künstler beteiligt. Auch wenn sich diese Verbindung später gelockert hat, halte ich es doch für immer wichtiger, die heute so großen Probleme gemeinsam zu lösen. Deshalb finde ich es super, dass wir uns wieder einander annähern, mit all den Unterschieden, wie wir an Dinge herangehen oder Politik machen. Um es gleich zu sagen: Ich sehe unsere Kooperation gerade erst am Anfang.

Was haben Sie aus unserer bisherigen Zusammenarbeit gelernt?

Der Deutsche Kulturrat konzentriert seine Interessenpolitik als ein Verband der Verbände stark auf Berlin. Dagegen ist der BUND mit all seinen Einzelmitgliedern deutlich regionaler und föderaler aufgestellt und geht viel praktischer vor. Trotzdem konnten wir gemeinsam diverse Anstöße geben. Gerade im Kulturbereich hat unser Projekt tiefe Spuren hinterlassen. Ob Theater, Museum oder Bibliothek: Wir haben vielfach Interesse geweckt, selbst etwas zum Thema Umwelt zu tun. Die

Nachhaltigkeit ist ein Topthema bei uns, seitdem wir Seite an Seite mit dem BUND gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA gestritten haben.

Wo sehen Sie die wichtigsten Früchte unserer Kooperation?

Unsere Veranstaltungen sind alle gut gelungen. Außergewöhnlich war, dass wir gemeinsam den Antrag unterstützt haben, das Grüne Band als UNESCO-Natur- und Kulturerbe auszuweisen. In dieser Form Partei für einen speziellen Bewerber hat der Kulturrat nie zuvor genommen, das ist ein direktes Ergebnis unserer Zusammenarbeit.

Nicht verhehlen will ich meine Enttäuschung darüber, wie unsere Kooperation von der Umweltpolitik aufgenommen wurde. Dass bei der Neubesetzung des »Rates für Nachhaltige Entwicklung« kein Kulturvertreter berücksichtigt wurde, halte ich für völlig anachronistisch. Als hätten wir mit Nachhaltigkeit nichts zu tun! Wer deren kulturelle Aspekte außen vor lässt, wird politisch nicht viel erreichen. Wir alle wissen doch, dass wir unsere Ressourcen schützen müssen. Dass wir es trotzdem nicht tun, hat vor allem kulturelle Gründe. Wir – also Kulturrat und BUND – sind uns einig, dass wir einen kulturellen Wandel herbeiführen müssen.

Wird das rechtzeitig gelingen?

Ich bin da optimistisch. Die Schocks, die wir zuletzt im Umweltbereich erlebt haben, und dazu der fundamentale Schock der Corona-Pandemie werden die Debatte stark beflügeln: Wie wollen wir leben, wie mit unserer Natur umgehen? Ich glaube, wir werden diesen Planeten bewahren – sofern Umwelt und Kultur, aber auch der soziale Bereich mehr an einem Strang ziehen. Wir müssen Druck ausüben, gerade jetzt vor der Bundestagswahl.

Was empfehlen Sie uns als Kulturmensch?

Wir schauen ja unterschiedlich auf die Dinge, auch auf die Natur. Für mich ist der Aspekt der Schönheit zentral. Nur über sie begeistern wir uns doch für die Natur. Meine Lieblingstiere sind ohne Zweifel die Insekten [Hinweis der Redaktion: siehe »Natur im Nahbereich«: www.olaf-zimmermann.de/natur]. Wer von ihrer Schönheit fasziniert ist, will mehr wissen. Ein kultureller Blick erweitert den Zugang zur Natur.

Ihr aktueller Magazin-Schwerpunkt ist der Wald? Es gibt doch nichts Mystischeres, der Wald ist ja *der* kulturelle Ort der Deutschen! Ich würde mir wünschen, dass sich Natur- und Umweltschutz und diese kulturellen Zugänge stärker mischen. Das täte, glaube ich, beiden Seiten gut.



Egal ob jemals Strom geladen wird: Plug-in-Hybride bekommen ein grünes Mäntelchen umgehängt.

PLUG-IN-HYBRIDE

MEIST EINE MOGELPACKUNG

Ja, Plug-in-Hybride können auf kurzen Strecken relativ umweltschonend gefahren werden – wenn sie dafür regelmäßig Ökostrom laden. Die Realität aber sieht zu oft ganz anders aus.

Die Bundesregierung unterstützt den Kauf von Plug-in-Hybriden mit bis zu 4500 Euro, vorgeblich aus Umweltgründen. In Wahrheit sichert sie speziell den deutschen Herstellern so noch für einige Jahre ihr klimaschädliches Geschäftsmodell. Übermotorisierte Wagen der Oberklasse und SUV bringen nun mal viel Gewinn. Erwiesen ist: Die oft wuchtigen Plug-in-Hybride stoßen weit mehr CO₂ aus als offiziell angegeben.

VIEL KLIMASCHÄDLICHER

Plug-in-Hybride sind Autos, die neben einem klassischen Verbrennungsmotor auch einen Elektromotor mit eher kleiner Batterie haben. Um die staatliche Förderung (und zudem massive Steuervorteile beim Dienstwagenprivileg) zu bekommen, dürfen diese Fahrzeuge offiziell nur noch 50 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen, was 2,1 Liter Benzin pro 100 km entspricht. Dass dieser Wert vor allem eine

theoretische Größe aus dem Labor ist, zeigen diverse Untersuchungen.

Zuletzt die des europäischen Dachverbands »Transport & Environment« (T&E): Drei beliebte Plug-in-Hybride von BMW, Volvo und Mitsubishi stießen bei einem Test auf der Straße selbst unter optimalen Bedingungen 28 bis 89 Prozent mehr CO₂ aus als angegeben. (Hier nicht eingerechnet das CO₂ aus der Produktion des genutzten Stroms!) Waren die Fahrzeuge rein im Verbrennermodus unterwegs, stiegen Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß auf das Drei- bis Achtfache. Im Schnitt doppelt so hoch wie angegeben war der Spritverbrauch von 100 000 einzelnen Plug-in-Hybriden, die kürzlich das Fraunhofer-Institut im Realbetrieb ausgewertet hat.

SCHÖNGERECHNET

Statt die Hersteller auf Modelle zu verpflichten, die real sparsamer sind, hilft die Bundesregierung ihnen mit der jetzigen Förderung vor allem, Strafzahlungen an die EU zu vermeiden. Denn mit Plug-in-Hybriden, die nur auf dem Papier die Umwelt schonen, rechnen Konzerne wie BMW, Daimler oder Volkswagen ihren eigentlich hohen Flottenverbrauch klein.

Der BUND lehnt es grundsätzlich ab, Autos mit Steuergeld zu fördern. Und das gilt erst recht für große, schwere und übermotorisierte Modelle. Um besonders effiziente Fahrzeuge fördern zu können, muss das Geld von jenen kommen, die Fahrzeuge mit sehr hohem Verbrauch kaufen, per »Bonus-Malus-System«. Für Plug-in-Hybride dürfen Vorteile jeglicher Art maximal dann gewährt werden, wenn die Nutzer*innen nachweisen können, dass sie ihr Auto mindestens zu 70 bis 80 Prozent elektrisch fahren. Nur wenn diese Fahrzeuge klein, leicht und sparsam sind und ganz überwiegend elektrisch und mit Ökostrom gefahren werden, können sie eine sinnvolle Alternative zum reinen Verbrenner bieten.



JENS HILGENBERG

leitet die Verkehrspolitik des BUND-Bundesverbandes.



MEHR ZUM THEMA

www.bund.net/plug-in-hybride

STRASSENBAU

SCHLUSS DAMIT!

Der Dannenröder Wald ist überall: Wir müssen Klima und Natur vor dem Wahnsinn des ungebremsten Straßenbaus retten.



WERNER REH

ist Sprecher des BUND-Arbeitskreises Verkehr.



JOSEPHINE MICHALKE

ist stellvertretende Sprecherin des Arbeitskreises.

Die Kampfszenen rund um die Rodung im Dannenröder Wald gingen bundesweit durch die Medien. Sie symbolisieren die Folgen des Straßenbaus für die Natur, aber auch für das Klima. Geht es nach Union und SPD, haben der Straßenbau und das Wachstum des Straßenverkehrs auch künftig Vorrang.

40 Kilometer lang ist das Teilstück der A 49 von Neuental bis zur A 5 bei Gemünden, das nun den Dannenröder Wald durchschneidet. Verkehrspolitisch ist es unnötig: Parallel verlaufen A 7 und A 5, die nicht überlastet sind und auf sechs Spuren ausgebaut wurden. Die A 49 verkürzt die Fahrtzeit von Kassel zur A 5 um nur zehn Minuten, führt aber durch eine bisher wenig belastete Mittelgebirgslandschaft.

Zusammen mit Bürgerinitiativen schlug der BUND daher schon 2013 eine umwelt-



Protestaktion der BUNDjugend am 4. Oktober.

Zwei Monate später ist die Schneise komplett gerodet.



schonende Alternative vor, mit einem punktuellen Ausbau bestehender Straßen sowie Ortsumfahrungen. Obwohl rechtlich vorgeschrieben, verweigerte die damalige schwarz-gelbe Landesregierung eine Prüfung. Das Bundesverkehrsministerium und die Koalition im Bundestag setzten den Bau der Autobahn durch.

TEMPO IST (FAST) ALLES

Straßenbau macht Autofahren attraktiver und günstiger und erzeugt zusätzlichen Verkehr: Der Zeitgewinn durch neue und ausgebauten Straßen wird in häufigere und längere Fahrten »reinvestiert«, der CO₂-Ausstoß nimmt zu. Das Klimaschutzgesetz aber fordert vom Verkehr ein Minus von 42 Prozent bis 2030. Keine Spur davon im »Fernstraßen-Bedarfsplan«: Der zielt darauf, den Anteil des Straßenverkehrs bis dahin noch zu erhöhen, denjenigen der Bahn einzufrieren und den des Rad- und Fußverkehrs zu vermindern.

Den Anreiz dazu liefert der Bund: Weil er den Bau und Unterhalt von Autobahnen und Bundesstraßen zu 100 Prozent finanziert, melden die Länder extrem viele und überdimensionierte Vorhaben an. Wer Autobahnen plant statt einen moderaten Ausbau, spart Geld.

Entscheidend dafür, was finanziert wird, ist der »Projektnutzen«. Und der errechnet sich zu 90 Prozent aus dem Zeitgewinn

der Autofahrer*innen. Die Folgen für Natur und Umwelt spielen auf Bundesebene faktisch keine Rolle.

AUF DEN PRÜFSTAND!

Projektalternativen werden in den Pseudo-Beteiligungen der Öffentlichkeit nicht geprüft. Und die gerichtliche Kontrolle hat man ausgehöhlt: Gesetze zur »Planungsbeschleunigung« haben Gerichtsverfahren unfair gemacht. Im Ergebnis sollen 80 Prozent der 1360 gesetzlich anerkannten Ländervorhaben noch vor 2030 umgesetzt werden. 200 europäischen Schutzgebieten (Natura 2000) droht erheblicher Schaden. Tausend Kilometer schutzwürdige Lebensräume wie Wälder, Feucht- und Trockengebiete würden durchschnitten, 22 000 Hektar Fläche verbraucht.

Dieser Kreuzzug des Straßenbaus gegen den Natur- und Klimaschutz muss beendet werden. Der BUND fordert, den Neubau von Fernstraßen bis 2022 einzufrieren und alle geplanten Projekte zu überprüfen: Werden die Klima- und Umweltziele erreicht? Und liegen der Planung Verkehrsszenarien zugrunde, die an einer modernen und nachhaltigen Mobilität im Jahr 2030 ausgerichtet sind?

Für ein solches Moratorium will der BUND ein breites Bündnis schmieden. Wir fordern eine Kehrtwende beim Straßenbau, verankert im nächsten Koalitionsvertrag.

DIREKTE DEMOKRATIE

MEHR MUT!



Treffen des »Bürgerrats Demokratie« in Leipzig, September 2019.

Ob die rasch fortschreitende Erderhitzung oder das Schwinden der biologischen Vielfalt: Beim Management der Umweltkrisen hat die Bundesregierung bisher versagt. Ein neues Bündnis will der Zögerlichkeit mit Bürgerräten und mehr direkter Demokratie begegnen.



RALF-UWE BECK

... ist Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V. und Ehrenvorsitzender des BUND Thüringen.

Wir müssten, wir sollten, wir hätten schon längst ... So lassen sich die Appelle zum Klimaschutz zusammenfassen. Die Zeit drängt, das Klimapaket der Bundesregierung genügt nicht. Mehr sei nicht drin gewesen, mehr hätten die Bürgerinnen und Bürger nicht mitgetragen, heißt es aus der Politik. Aber stimmt das denn?

VORBILD BÜRGERRAT

In Frankreich hat ein Bürgerrat 149 Empfehlungen für einen wirksamen Klimaschutz zusammengestellt. Da geht es ans Eingemachte: Pestizidverbot, Tempolimit von 110 km/h, keine Inlandsflüge mehr ... Für Bürgerräte werden Menschen ausgelost, bis sie den Querschnitt der Bevölkerung spiegeln: hinsichtlich Bildungsgrad, Geschlechterverhältnis, Alters- und Einkommensgruppen.

Beraten werden die Zufallsbürger*innen von Fachleuten, um dann – gut moderiert – in die Diskussion zu gehen. Auf diese Weise könnte ein Bürgerrat auch in Deutschland ausloten, was denn den Menschen in Sachen Klimaschutz auf

den Nägeln brennt und welche Auswege sie vorschlagen. Dann müssten wir alle nicht länger als Ausrede für die Mutlosigkeit der Politik herhalten. Doch bisher lehnt die Bundesregierung einen solchen Rat ab.

NETZ UND DOPPELTER BODEN

Wenn der Impuls nicht von oben kommt, dann eben von unten. Gerade organisiert eine Initiative einen Klima-Bürgerrat für Deutschland – ein Riesenspektakel. Die Ergebnisse sollen bis zur Bundestagswahl vorliegen. Dann könnten die Parteien sie mitnehmen in die Koalitionsverhandlungen. So der Plan.

Kein Wunder, dass Bürgerräte Konjunktur haben. Was aber, wenn das, was sie der Politik ins Stammbuch schreiben, in den Schubladen verschwindet? Vor diesem Schicksal sind auch Bürgerräte nicht gefeit. Hier kommt die direkte Demokratie ins Spiel. Sie ist das Netz und der doppelte Boden für alle Bürgerbeteiligung. Können wir mit Bürger- und Volksbegehren eine Sache notfalls selbst in die Hand nehmen, werden wir nicht nur angehört, sondern auch ernst genommen.

Gerade die Zahl der ökologischen Themen, für die Initiativen auf die direkte Demokratie setzen, steigt. Beispiel Fahrradentscheide in Kommunen: Gab es vor fünf Jahren deutschlandweit nur einen solchen Entscheid im Jahr, waren es 2019 schon 15 und vergangenes Jahr mehr als 20. Wer eine starke Bürgerbeteiligung will, muss für die direkte Demokratie streiten.

DICKES BRETT

Das haben die Grünen kürzlich sträflich ignoriert: Die Partei, die 40 Jahre lang für die direkte Demokratie geworben hatte, nahm im November zwar die Bürgerräte in ihr Grundsatzprogramm auf – doch die direkte Demokratie löschte sie daraus. Das Signal: Wir werden es schon richten, lasst uns nur machen.

Damit haben die Grünen den Bohrer weggeworfen, mit dem das dicke Brett der sozial-ökologischen Transformation gebohrt werden könnte. Es ist an uns, diese Forderung nicht aufzugeben: Volksentscheid bundesweit!

Leichter als den Falter findet man die Raupe des Braunen Bären.



Tim Laußmann (2)

Bei Gefahr zeigt der Braune Bär (*Arctia caja*) seine roten Hinterflügel.

SCHMETTERLING DES JAHRES

LICHTEMPFINDLICH

Einst sehr häufig, heute auf dem Rückzug: Der Braune Bär ist der Schmetterling des Jahres 2021, ernannt vom BUND und der Naturschutzstiftung des BUND Nordrhein-Westfalen.

Seinen Namen verdankt der hübsche Nachtfalter der dicht behaarten Raupe. Fliegt er im Hochsommer aus, bleibt ihm nur wenig Lebenszeit, da sein Saugrüssel verkümmert ist. Ein noch rascheres und gewaltsames Ende bereitet ihm oft künstliches Licht.

Dazu BUND-Experte Jochen Behrmann: »Die Falter werden nachts von grellen Lampen angelockt und flattern in einem fort um sie herum. Statt Partner zu suchen und sich fortzupflanzen, sterben sie an Erschöpfung oder fallen Fressfeinden wie Fledermäusen zum Opfer.«

WENIG LEBENSRAUM

Mit der Wahl des Nachtfalters weist der BUND darauf hin, wie sehr speziell das blaue Licht von Hochdruck-Quecksilberdampfampfen viele nachtaktive Insekten schädigt. Sie sollten durch Natriumdampfampfen oder moderne LED ersetzt oder auch ersatzlos entfernt werden.

Auf der Vorwarnliste der bedrohten Tiere steht der Braune Bär zudem, weil die intensive Landwirtschaft ihm den Lebensraum nimmt, weil Hecken und Feldgehölze

verschwinden und Siedlungen und Straßen immer mehr Boden versiegeln.

Mit bis zu 65 Millimetern Spannweite zählt der Braune Bär zu den größeren unserer Nachtfalter. Er besiedelt lichte Wälder, Gebüsche, Wiesen und Heiden, aber auch Gärten. Dank seiner brau-weißen Vorderflügel ist er gut getarnt. Wird er entdeckt, zeigt er durch deren blitzschnelles Öffnen die roten Hinterflügel. So warnt er Fressfeinde: »Ich bin ungenießbar!« Tatsächlich enthält sein Körper giftige Stoffe. Doch was hilft ihm das, wenn sein Lebensraum verödet und schrumpft?

Obwohl seine Raupen nicht wählerisch sind und die Blätter von Löwenzahn, Brombeere oder Esche und Eiche fressen, wird der Braune Bär seltener. Mit der Wahl zum Schmetterling des Jahres weist der BUND auf seine Bedrohung hin – stellvertretend für viele Tag- und Nachtfalter. Damit er nicht einst wie sein Namensvetter Braunbär in Deutschland ausstirbt.

Weibliche Wanderlibelle – das Männchen ist rot.



Michael Post/GoD

LIBELLE DES JAHRES

Die **Wanderlibelle** ist die Libelle des Jahres 2021. Gekürt haben sie der BUND und die Gesellschaft deutschsprachiger Odonatologen (Libellenkundler). Bemerkenswert ist die Wahl, weil die Wanderlibelle erst 2019 erstmalig bei uns nachgewiesen wurde. Im Zuge der Klimaerwärmung breitet sie sich derzeit in Europa aus.

Wie erkennen Sie die Wanderlibelle? Im Vergleich zur ähnlichen Heidelibelle ist sie etwas größer, kräftiger und unauffällig gezeichnet. Vor allem sind ihre Flügel sehr lang. Mit ihnen vermag sie weite Strecken zurückzulegen. So wandert sie in riesigen Schwärmen zwischen Afrika und Asien hin und her, um die Monsunregen für ihre Fortpflanzung zu nutzen.

Wer reist, braucht einen Ort zum Ankommen. Der BUND fordert in Deutschland mehr dafür zu tun, das Wasser in der Landschaft zu halten, Biotope zu verbinden und Gewässer und Auen zu renaturieren – zum Schutz der Libellen und vieler weiterer Tiere. Mit der Libelle des Jahres weist der BUND auf eine vielfältige und bedrohte Insektengruppe hin. Von den rund 80 heimischen Libellenarten gelten 48 als gefährdet.



MEHR ZUM THEMA

www.bund.net/schmetterling-des-jahres



MEHR ZUM THEMA

www.bund.net/libelle-des-jahres